



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/90

12. Januar 1950

## Ein Justizmord wird vorbereitet

---

-x. Totalitäre System pflegen ihre politischen und sonstigen Unterbilanzen mit propagandistischen Schuldprüchen gegen Unschuldige auszubalancieren. Der Reichstagsbrand-Prozess, die Prozesse Mindszenty, Kostoff und Rayk sind moderne Beispiele dafür. Man ist umso grausamer, je kritischer die Öffentlichkeit die Fehlpositionen der Bilanzen untersucht.

Östlich des Eisernen Vorhangs ist niemand besser in der Lage, die Fehlpositionen sowjetischer Befehlswirtschaft an den Vergleichsposten der westlich demokratischen Entwicklung zu kontrollieren, als etwa die deutsche Ostzonenbevölkerung. Das Fenster Berlin und der kommunizierende Sog der Zonengrenze geben dazu augenfällige Gelegenheit. Nichts liegt näher, als dass vor allem Walter Ulbricht sich als Verantwortlicher für das Scheitern des Zweijahresplanes sowohl gegenüber der Ostzonenbevölkerung zu entschuldigen sucht und gleichzeitig bemüht ist, seinen Moskauer Auftraggebern die angeblich Schuldigen für seine eigene Unfähigkeit zu präsentieren. Unter diesem Aspekt hat er verbissen und unter Ausnutzung aller propagandistischen Möglichkeiten die Dessauer Conti-Gas-Affäre aufgegriffen, um seinen Schauprozess politisch-psychologisch vorzubereiten.

So trommelt diese Propaganda seit Wochen und zieht zwischen den geopfertem IGP-Minister Herwegen als Hauptschuldigen des zu erwartenden Prozesses Vergleiche mit Rayk und Kostoff. Es sind die gleichen monotonen Anschuldigungen gegen Herwegen und seine Mitangeklagten: Sabotage, Spionage für eine fremde Macht usw.-zu bekannt, um ihnen grösseren Raum zu widmen. Die Familienangehörigen sind bereits zu belastenden Geständnissen gepresst, geflohen und haben ihre Geständnisse widerrufen. Der Verteidiger, den man wegen seiner Einsatzbereitschaft gleich mit verdächtigte, floh ebenfalls. Die Presse "macht gross auf" und bringt ganze Bilderseiten der "Verräter" in

der Gefängnishaft. Herwegen gehört übrigens dem Kreis von Personen an, die schon einmal zur Illustration der Ostzonenprozesse dienten, als sie mit Jacob Kaiser um die Bildung eines Konsultativ-Rates zusammen mit den gleichen Ostzonen-Politikern bemüht waren, die ihn heute für ihre eigene Unfähigkeit an den Galgen schicken. Auch das hat er mit Rayk und Kostoff gemeinsam.

Verwunderlich stimmt nur, dass heute Herwegens Parteifreunde in den Westzonen schweigen. Hat sich nicht auch die westdeutsche Presse ehrlich bemüht, Licht in die Hintergründigkeit der südost-europäischen Scheuprozesse zu bringen? Berechtigterweise hat sie sich erregt über die Unmenschlichkeit der Prozessführung und der Urteile und deren Opfer zu Märtyrern der Freiheit gestempelt. Warum schweigt sie, da es heute um Deutsche geht? Weder Jacob Kaiser bemüht sich spürbar für seinen Mitkämpfer um die Konsultativrats-Idee, noch etwa Herr Schalfefew, jetzt Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und früherer Direktor der Continental-Gas-Gesellschaft, die beide in ihrer amtlichen Funktion ein besonders gewichtiges Wort in dieser Angelegenheit sagen könnten.

Dass Walter Ulbricht und seine Leute Unschuldige für ihre eigene Miswirtschaft opfern wollen, wundert niemanden. Dass man aber auch in der Westzone ein Opfer bringen will, nur um die wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten nicht zu stören, glauben wir nicht. Wir nehmen an, dass man mit sorgfältiger Vorbereitung an die Verteidigung herangehen will, um nicht weniger eifrig um das Leben der jetzigen Opfer totalitären Machtstrebens zu kämpfen, als man es für Rayk, Kostoff und Mindszenty getan hat. Aber es wird Zeit, damit zu beginnen.

\*\*\*

**Stalin zuliebe entlassen.** (sp.) In den volkseigenen Betrieben in Schönebeck/Elbe wurden in diesen Tagen allen Betriebsangehörigen, die bisher ihre Stalin-Sonderschicht nicht ableisteten und die nicht Mitglieder der SED sind, die Kündigungen ausgehändigt. Etwa 200 Arbeiter wurden bisher davon betroffen.

\*

**10 Ostmark stärker als Volkspolizei.** (sp.) Um zusätzlich zu Geld zu kommen, lässt ein Offizier der russischen Zonengrenzstation Eilsleben die im Raum Völpke-Hötensleben nächtlich zurückkehrenden illegalen Grenzgänger durch zwei Rotarmisten einfangen und auf einem LKW in früher Morgenstunde zum Bahnhof Eilsleben fahren. In Eilsleben kassiert dann der Offizier pro Person 10,00 Mark. Da sich zuweilen 25 bis 30 Personen auf den LKW befinden, ergibt das einen schönen Nebenverdienst. Den Grenzgängern ist es recht, denn sie entgehen so lästigen Kontrollen der Volkspolizei.

\*\*\*

## Blickpunkt: 23. Februar

-----  
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in England

Das Rätselraten über den Termin der Wahlen zum Unterhaus hat viel Aufregung verursacht. Es war die Aufregung der Ungewissheit, wie sie abgelöst wird durch die fieberhaften Vorbereitungen zur Wahl.

Für den aufmerksamen Beobachter kam die Verlautbarung von Premier Attlee, die Wahlen am 23. Februar abzuhalten, nicht völlig unerwartet. Das Programm, welches sich die Labour Party bei ihrer Regierungsübernahme gesetzt hatte, war noch vor Weihnachten unter Dach und

Fach gebracht worden. Es kam nun darauf an, einen möglichst günstigen Moment für die Eröffnung des Wahlkampfes zu finden. Dieser

scheint politisch und propagandistisch gegeben zu sein. Die letzte Nachwahl, wie alle früheren, endete mit dem Sieg der Labourkandidaten.

Auf der Konferenz der Aussenminister des britischen Commonwealth herrscht nach allen hier vorliegenden Berichten weitgehende

Einmütigkeit und die liberale Politik der Regierung hat Englands Position in Südostasien sehr gestärkt. Bevin wird daher aller Voraussicht nach mit guten Resultaten aus Colombo zurückkommen und mit Zuversicht in die Wahlen steigen können.

Am 4. Februar, einen Tag nach der Parlamentsauflösung durch königliches Dekret, beginnen grossangelegte Feierlichkeiten anlässlich

des 50-jährigen Bestehens der Labour Party. Diese Manifestationen der Grösse und Stärke der Labour-Bewegung würden an und für sich schon die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit erregt haben.

Nun wird damit der Beginn der Wahlkampagne verknüpft werden, so dass sich die Labour Party kaum einen günstigeren Auftakt hätte wählen können.

Die Labour Party kann auf ihre Entwicklung während der letzten 50 Jahre stolz sein. Bei ihrer Gründung im Jahre 1900 hatte die Partei

nur sieben Lokalorganisationen, aber schon 375.931 Mitglieder. Wenige Monate später kam es zu allgemeinen Wahlen, bei denen zwei von

15 Labour-Kandidaten erfolgreich waren. 1910 gab es 150 Lokalorganisationen und 1.430.539 Mitglieder. Bis 1920 stieg die Zahl ständig bis

auf 4,3 Millionen, fiel dann wieder bei steigender Anzahl von Lokalorganisationen auf 2,3 Millionen, hielt sich in annähernd dieser Höhe

und ist in den letzten Jahren zu der bisher nicht erreichten Höhe von 5,4 Millionen angestiegen.

Auch das Anwachsen der Wählerstimmen beweist die Anziehungskraft

der Labour Party. So erhielt sie bei den Wahlen

von 1918	-	2.244.945	Stimmen,
1922		4.236.733	
1924		5.487.620	
1929		8.364.883	
1931		6.362.561	
1935		8.325.260	
1945		11.992.292	

Aber auch mit der grössten Anstrengung - darüber ist man sich klar - wird es der Labour Party kaum möglich sein, die letzte Höchstziffer an Wählerstimmen zu halten. Doch die Partei ist von ihrer Stärke und der Richtigkeit ihrer Politik so durchdrungen, dass schon die Kraft dieser Überzeugung viele bisher indifferente Mitglieder und Sympathisierende mitreissen wird. Die Errungenschaften der Regierung sind gross, selbst die konservativen Gegner mussten unter dem Druck dieser allgemeinen Erkenntnis erklären, sie dächten nicht daran, alle Verstaatlichungen rückgängig zu machen. Für die sozial Schwachen ist unendlich viel geschehen. Dass das Geld kostet und den Kostenträgern unangenehm ist, liegt in der Natur der Sache.

Th.

\*\*\*

#### Auftakt zum Wahlkampf in Bayern

M.R., im Januar

Alle politischen Entscheidungen in Bayern stehen heute schon unter dem Einfluss der Wahlen zum bayerischen Landtag, die spätestens im Herbst stattfinden müssen. Die Bayernpartei, die durch Baumgartner erneut scharfsten Kampf gegen Bonn angekündigt hat, hofft dadurch zweifellos die etwas ins Wanken gekommene Gradlinigkeit ihrer Politik unter dem Schlachtruf "Bayern den Bayern" wieder zu festigen. Sie glaubt, mit einer solchen Politik als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorzugehen. Sie rechnet - ihr Generalsekretär Dr. Ernst Falkner hat dies unlängst angedeutet - dass sie die zukünftige Regierung zusammen mit dem Hundhammer-Flügel der CSU bilden wird. Ihr Kampf gilt vor allen Dingen der Person des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard, dem sie vorwirft, die bayerischen Interessen in Bonn durch seine Wankelmütigkeit zu verraten.

Ministerpräsident Ehard sieht sich daher immer mehr in die Defensive gedrängt. In einer Regierung mit Dr. Baumgartner ist für ihn

kein Platz mehr. Die neuesten Anzeichen lassen vermuten, dass Ehard auf der Suche nach Koalitionspartnern ist. Ein einfacher, logischer

Gedankenschluss lässt ihn darum eine Koalition mit dem politisch stabilsten Faktor in Bayern, der SPD, ins Auge fassen. Eine Reihe von

Ausserungen, im internen Kreise der CSU ausgesprochen, deutet darauf hin, dass Dr. Ehard ernstlich einer solchen Lösung näher zu treten

scheint.

Die SPD in Bayern wird bei den nächsten Auseinandersetzungen zweifellos vor die Frage gestellt werden, ob sie einer möglichen Ent-

wicklung zur Separierung Bayerns mit allen Kräften entgegenwirken will. Sie wird in zunehmendem Maße sich der reaktionären Politik

der Bayernpartei, die letztlich nur die Wegbereiterin neofaschistischer Gruppen sein kann, widersetzen und darauf ihren Hauptangriff

richten. Erst in zweiter Linie wird sie scharfe Kritik an der Regierungsarbeit üben, die man - wohl mit Recht - als eine Politik der

verpassten Gelegenheiten bezeichnen muss. Hinzu kommt, dass die SPD in Bayern grundsätzlich eine Koalitionspolitik nicht ablehnt. Es

wäre aber falsch, dies heute schon als Anlass zu aktuellen Kombinationen zu nehmen. Fest steht aber, dass der Wahlkampf in Bayern

in seinen letzten Auswirkungen um die Frage "für oder wider Bonn" geführt werden wird, und dass die innerbayerischen Probleme in den Hinter-

tergrund treten werden.

\*\*\*

#### Um den Sitz der Bundesgerichte

---

sp. In den nächsten Monaten werden die im Grundgesetz vorgesehenen Bundesgerichte gegründet werden. Eine Reihe von Städten, darunter

Kassel, Stuttgart, Frankfurt, Berlin und Karlsruhe bewerben sich darum, diese Bundesgerichte aufzunehmen. Ein Antrag auf Errichtung des Bundes-

verfassungsgerichtes liegt bereits vor und wird in einer der nächsten Vollversammlungen des Bundestags behandelt werden. Es muss nach Arti-

kel 94 des Grundgesetzes ein Bundesgesetz erlassen werden, das die Verfassung und Verfahrensweise des Bundesverfassungsgerichtes regelt.

Das Bundesverfassungsgericht ist das oberste politische Gericht, das in Verfassungsstreitigkeiten die letzte Entscheidung fällt. Es ist der

Wunsch der SPD, dass dieses Gericht nach Berlin verlegt wird. An die Stelle des früheren Reichsgerichtes ist das Oberste Bundesgericht ge-

treten, dessen Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Verfahrensweise des Obersten Bundesgerichtes wird auch durch ein Ge-

setz geregelt, die Richter dagegen werden vom Bundesjustizminister zusammen mit einem Richterwahlausschuss berufen. Das Oberste Bundesgericht wird voraussichtlich in Frankfurt seinen Sitz haben, weil die Stadt Frankfurt ohne zusätzliche Kosten die erforderlichen Büroräume, Dienstgebäude und Wohnungen für das Personal zur Verfügung stellen kann. Ausser diesen beiden obersten Gerichten werden weitere fünf obere Bundesgerichte für ordentliche Gerichtsbarkeit, für Verwaltungsgerichtsbarkeit, für Finanzgerichtsbarkeit, für Arbeitsgerichtsbarkeit und für Sozialgerichtsbarkeit errichtet. Ausserdem kann für Dienststrafverfahren gegen Bundesbeamte und Bundesrichter ein Bundesdienststrafgericht errichtet werden. Es wird also insgesamt acht obere und oberste Bundesgerichte geben. Über den Sitz der oberen Bundesgerichte sind noch keine Entscheidungen getroffen worden, sie sollen jedoch, wie Justizminister Dr. Dehler erklärte, bis April errichtet sein. Und schliesslich können nach Artikel 101 des Grundgesetzes für besondere Sachgebiete durch Gesetz Gerichte errichtet werden.

\*\*\*

Holland interessiert sich für das deutsche Flüchtlingsproblem.

sp. In Holland hat sich ein Studien-Ausschuss gebildet, der sich auf überparteilicher Basis mit deutschen Flüchtlingsfragen beschäftigen will. Einschlägiges Material soll nach Bearbeitung im nationalen wie im europäischen Verband bei der Lösung dieser Fragen zur Verfügung stehen. Der Ausschuss hat seine Arbeit bereits aufgenommen.

\*\*\*

Asienkonferenz des internationalen Arbeitsamtes.

sp. In diesem Monat findet eine Tagung der Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der asiatischen Staaten, die Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation sind, in Nuwara Eliya (Ceylon) statt.

\*\*\*